

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 121 (1995)
Heft: 13

Artikel: Die roten Zahlen beherrschen die Politik : Bildungspolitische Offensive gegen den Bankrott
Autor: Rüegg, Roger / Leiter. Martial
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-601080>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die roten Zahlen beherrschen die Politik

BILDUNGSPOLITISCHE OFFENSIVE GEGEN DEN BANKROT

VON ROGER RÜEGG

Trotz bevorstehendem Wahlkampf herrscht unter den schweizerischen Parteien in einem Punkt seltsame Einmütigkeit: Es fehlt ihnen allen das Geld, um politischen Nachwuchs heranzuzüchten!

Nur aus diesem Grund, so tönt es aus den Parteizentralen, sähen sich immer wieder die gleichen alt- bis ausgedienten Politikämpen wie Hubacher, Kühne, Rüesch und Cincera genötigt, in die Hosen zu steigen. Ohne deren unermüdlchen und selbstlosen Einsatz die Schweiz im übrigen längst unregierbar geworden wäre.

Und doch kann es so nicht weitergehen, wissen die Experten. Damit sich die Eidgenossenschaft dereinst unter Führung junger, unverbrauchter Leaderfiguren den Herausforderungen des kommenden Jahrtausends stellen könne, müsse der Bund dringend eingreifen. Am deutlichsten ist diese Forderung von der Repräsentantin der SVP, Myrtha Welte, formuliert worden: «Der Staat muss die zentrale Rolle der politischen Parteien in der Demokratie anerkennen und einen Grundbeitrag an die Parteibudgets leisten!»

Damit hat sie unzweifelhaft recht. Wie sonst sollen die ins Unermessliche gestiegenen Kosten für Wahlkampfberater, aufklärerische Inserate und opulente Frühstück-Organen gedeckt werden? Bei der Parteibasis ist eh nichts zu holen, handelt es sich dabei doch bei allen Parteien ausnahmslos um «kleine Leute von der Strasse», die selbst am Bettelstab einherhum-

peln. Und auch mit den läppischen 100 000 Franken vom Bühle-Konzern lässt sich heutzutage kaum noch ein simpler Gemeinderatssitz in einem rückständigen Bergkanton kaufen.

Zustimmung findet Frau Weltis Forderung denn auch bei den anderen Obersparern der Nation, den Strategen von der FDP, die in diesem speziellen Fall, und sicher auch nur ganz ausnahmsweise, vom Prinzip der freien Marktwirtschaft abzuweichen bereit sind und ebenfalls nach staatlicher Parteienfinanzierung lechzen.

Immerhin kommt aus dieser Ecke auch gleich der Vorschlag, wie diese «im ureigensten Interesse des Staates liegende» Entwicklungshilfe gezielt eingesetzt werden soll. Damit das Geld wirklich

zweckgebunden verwendet wird und nicht einfach in den Parteikassen versickert, soll nämlich eine sogenannte «Stiftung für politische Bildung» gegründet werden, in der die Bundesbeiträge dann gezielt versickern können.

Primäre Aufgabe dieser Stiftung sei es, den interessierten Nachwuchspolitikern dringend benötigte Kurse über Politik im allgemeinen und das politische Handwerk im speziellen anzubieten, sagen die Befürworter. So ganz nebenbei diene diese Ausbildungsstätte aber auch als soziales Auffangbecken: Durch die Erteilung von Lehraufträgen an abgewählte Ex-Politiker könnten diese nämlich nach oft jahrzehntelanger Untätigkeit allmählich wieder in die Leistungsgesellschaft integriert werden.

In einem noch unveröffentlichten Grundlagenpapier werden von den Initianten unter anderem folgende professionell gestalteten Seminare und Vorträge in Betracht gezogen:

- Nachhaltige Popularität durch gezielte Medienarbeit (Referent: Peter Rothenbühler, Chefredaktor SI),
- Überzeugender Einsatz von Gestik und Mimik (mit Jörg Kachelmann),
- Anspruch und Wirklichkeit (didaktisches Puppentheater von Elisabeth Kopp),
- Populismus kontra Windfahnenpolitik (lehrreiches Streitgespräch zwischen Christoph Blocher und Franz Steinegger).

Andere geplante Kurse befassen sich mit häufig gestellten Fragen naiver Politneulinge, z.B.: «Wie

Anmeldung zum Lehrgang «Politiker mit eidg. anerkanntem Fähigkeitsausweis»

Jawohl, auch ich will in Zukunft mitreden können!

Name: _____ *

Vorname: _____

Wohnadresse: _____

Pers. Parteibeitrag 1995: Fr. _____ **

Mein Ausbildungsziel: (Mehrfachnennungen möglich)

- Bundesrat eidg. dipl. Lobbyist Alibifrau
 Volkstribun Schattenminister Parteisekretär

Ich möchte so werden wie:

(Setzen Sie hier den Namen Ihres politischen Vorbildes ein)

Unterschrift: _____

(Mit meiner Unterschrift erkläre ich, zum Zeitpunkt der Anmeldung nicht älter als 65 zu sein.)

Schicken Sie den ausgefüllten Talon an Ihr bevorzugtes Parteisekretariat. Dieses wird die eingegangenen Anmeldungen gerne an den Bundesrat weiterleiten.

* Bei fehlerfreiem Buchstabieren gilt die Aufnahmeprüfung als bestanden!
** ab Fr. 10 000.- ebenfalls

kann ich mich vor ansteckenden Krankheiten bei allzu grosser Bürgernähe schützen?» oder mit dem Einsatz moderner Kommunikationsmittel («Wie bringe ich mein Faxgerät dazu, brisante Daten während der Übermittlung zu verändern?»). Mit Hilfe von Rollenspielen zeigt TV-Star Filippo Leutenegger, wie man sich als Jungpolitiker in der Arena profiliert, und Viktor Jacobbo übt mit den Eleven, wie man die Angriffe eines öffentlich-rechtlichen Satirikers durch kumpelhaftes Duzen desselben und demonstrative Fröhlichkeit gekonnt ins Leere laufen lässt.

Bei den übrigen Parteien sind diese Ideen der FDP-Denkportler bereits diskutiert und sehr positiv aufgenommen worden. Uneinigkeit herrscht allerdings in der Frage, wie viele derartige Ausbildungsstätten nötig sind. Während die SP davon ausgeht, dass aus Gründen der politischen Hygiene jede Partei eine eigene Stiftung benötigt, wird dies von der CVP aus finanziellen Überlegungen abgelehnt. Doch da gerade die CVP als einzige Partei seit eh und je eine staatlich subventionierte politische Ausbildung – in Form des obligatorischen Religionsunterrichts an unseren Volksschulen – anbieten kann, sollte man deren Einwand nicht überbewerten.

Angesichts des verheerenden Zerfalls der politischen Kultur in unserem Land darf ein solch wegweisendes Projekt nicht an kurz-sichtiger Rappenspalterei scheitern!

Vielmehr gilt es jetzt, auf die zuständigen Stellen Druck zu machen. **Helfen Sie mit, politisch interessierte Leserinnen und Leser!** Unterstützen Sie die Parteien bei deren Bestrebungen und demonstrieren Sie dem Bundesrat Ihr grosses Bedürfnis nach einer gezielten Förderung des politischen Nachwuchses, indem Sie den Coupon auf Seite 14 ausfüllen! □



«AN DER MACHT». Aus: Martial Leiter; Moderne Welt; Limmat Verlag